HEINRICH BÖLL STIFTUNG

iran-report

Nr. 07/2007

ایران ریپورت

I. Innenpolitik
Revolutionsführer Chamenei stellt sich demonstrativ hinter Regierung Ahmadinedschad / Justizchef Haschemi Scharudi bedauert, nicht immer nach der Verfassung gehandelt zu haben / Iranischer Geistlicher betont Bestand der Fatwa gegen Rushdie / Englischsprachiger TV-Sender geplant / Amnesty: Iran darf keine Kinder mehr hinrichten / Prostitution auf islamisch / Forderung nach Freilassung von US-Bürgern zurückgewiesen / Zehn "Konterrevolutionäre" im Kurdengebiet getötet

II. Wirtschaft
Benzin rationiert / Raketenabwehr ist „Witz des Jahres“ / Grünes Licht für massive Zinssenkungen / Neue Iran-Sanktionen nahmen erste Hürden im US-Kongress / USA drängen Schweizer Banken zu Verzicht auf Iran-Geschäft / Export nimmt ab, Import zu / 100.000 afghanische Flüchtlinge zurückgeschickt / Vergangenes Jahr: 418 Tonnen Drogen sichergestellt / Iran verhandelt weiter mit Deutschland über Transrapid

III. Außenpolitik
Iran bestätigt Einladung an IAEA-Experten nach Teheran / Rice besteht auf Ende der Urananreicherung / Bush schließt Militär-Option gegen Iran nicht aus / US-Regierung streitet über Iran-Politik / Amerikanisches Geld für Demokratie / Russland stellt Bedingungen für weitere Sanktionen gegen Iran / Zeitung: Israelische Luftwaffe bereitet sich auf Angriff auf Iran vor / Ahmadinedschad: Countdown zum Zusammenbruch Israels läuft / Saudi-Arabien: Golfstaaten keine Basis für US-Angriff auf Iran / Abbas-Berater: Iran hat Hamas zu Gaza-Gewalt aufgehetzt / Iran bietet sich als Vermittler im innerpalästinensischen Streit an / USA: Iran bildet Rebellen im Irak aus / US-General: Entführer von Briten haben Verbindung zu Iran / Afghanische Polizei bezichtigt Iraner der Einmischung / Syrien und Iran wollen sich der US-Vorherrschaft widersetzen / Magazin Spiegel: Drahtzieher des "Mykonons"-Attentats soll frei kommen / Berliner Studentin organisiert Ausstellung in Teheran

Mit dem iran-report stellt die Heinrich-Böll-Stiftung der interessierten Öffentlichkeit eine Zusammenfassung ihrer kontinuierlichen Beobachtung relevanter Ereignisse in Iran zur Verfügung. Nach der von der Heinrich-Böll-Stiftung im April 2000 veranstalteten Berlin-Konferenz und verstärkt infolge der Anschläge am 11. September stellen die Entwicklungen in Iran und der Region einen zentralen Arbeitsschwerpunkt der Stiftung dar. Der iran-report erscheint monatlich (Nr. 08/2007 Anfang August) und wird einem breiteren InteressentInnenkreis aus Politik, Wissenschaft und Medien zur Verfügung gestellt.

Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin, im Juli 2007

Wenn Sie den iran-report abonnieren oder abbestellen wollen,
wenden Sie sich bitte an:
Heinrich-Böll-Stiftung
lorenz@boell.de
Fax: 030-285 34 - 494
Tel: 030-285 34 - 217

Impressum:

Hrsg.: Heinrich-Böll-Stiftung

Autor: Bahman Nirumand

Redaktion: Vera Lorenz

V.i.S.d.P.: Annette Maennel

6. Jahrgang

Heinrich-Böll-Stiftung
Hackesche Höfe
Rosenthaler Str. 40/41
10178 Berlin
Tel: 030-285 34 – 0
Fax: 030-285 34 – 109
Email info@boell.de
www.boell.de

I. Innenpolitik

Revolutionsführer Chamenei stellt sich demonstrativ hinter Ahmadinedschad

Revolutionsführer Ali Chamenei hat sich überraschend demonstrativ hinter die Regierung Ahmadinedschads gestellt. Noch vor Wochen war Chamenei, der selbst zum Lager der Radikalen gezählt wird, aber seine Position je nach Bedarf ändert, in Distanz zu der Regierung gegangen und hatte sie in manchen Punkten sogar scharf kritisiert, soweit, dass einige politische Beobachter zu der Schlussfolgerung gelangt waren, er wolle den Regierungschef, dem er einst selbst zur Macht verholfen hatte, fallen lassen.

„Manche haben gedacht, die Zeit der grundsätzlichen Forderungen der Revolution sei endgültig vorbei und man könne sie zu den Akten legen“, sagte Chamenei am 30. Juni vor hohen Funktionären der Regierung. „Manche sind sogar so dreist gewesen und haben diese Grundsätze in Frage gestellt. Doch mit der Amtsübernahme der neuen Regierung (Ahmadinedschad) und der Unterstützung des Volkes sind diese Grundsätze neu belebt worden.“

Bemerkenswert ist, dass die lobenden Äußerungen Chameneis nur wenige Tage nach der Entscheidung der Regierung zur Rationierung des Benzins erfolgten, eine Entscheidung, die auf große Kritik stieß und in weiten Teilen des Landes zu gewaltsamen Protesten geführt hat. Chamenei kam auch auf diese Entscheidung zu sprechen und bezeichnete sie als „mutig“. Die daraus resultierenden Mehreinnahmen im Haushalt könnten in Entwicklungsprojekte fließen, sagte er. Das Vorhaben fordere den Willen der Nation. Das Land müsse auch unabhängiger von Treibstoffeinfuhren werden.

Der Revolutionsführer unterstützte auch die Außenpolitik Ahmadinedschads, insbesondere das Vorgehen der Regierung in der Atomfrage und meinte, die Außenpolitik der Islamischen Republik sei von Anbeginn „offensiv“ gewesen. „Es wäre ein Fehler nun einen „defensiven Kurs“ einzuschlagen, was leider gelegentlich in der Vergangenheit versucht wurde“, sagte Chamenei. Mit der Vergangenheit meinte er wohl die Zeit, in der die Reformer unter Präsident Chatami die Regierung führten. Ohne näher auf diese „Fehler der Vergangenheit“ einzugehen, erläuterte er, eine „offensive Politik“ sei eine Politik, die etwas fordert, sie sei nicht gleichzusetzen mit einer Politik, die „der ganzen Welt den Krieg erklärt“.

„In Anbetracht der Tatsache, dass der Westen weltweit Länder ausbeutet, Bürgerkriege initiiert, Konflikte schürt, ständig aufrüstet und Massenvernichtungswaffen sowie eine Kultur der Dekadenz und sexuelle Zügellosigkeit verbreitet, ist die Islamische Republik für die so genannte moderne Welt eine Herausforderung", erklärte Chamenei.

Das große Lob für die Regierung blieb jedoch nicht ganz ohne Tadel. In Hinblick auf die überraschend eingeführte Benzinrationierung forderte Chamenei die Regierung auf, künftig die Öffentlichkeit angemessener zu informieren.

Justizchef Haschemi Schahrudi bedauert, nicht immer nach Verfassung gehandelt zu haben

Der Nachrichtenagentur ISNA zufolge, sagte Justizchef Haschemi Schahrudi: „Zwischen Sicherheit und Gerechtigkeit muss es eine klare Grenze geben. Der Staat darf sich nicht über die Rechte des Einzelnen hinwegsetzen und die Gerechtigkeit darf nicht der Sicherheit geopfert werden.“

Schahrudi, der an einer Veranstaltung über Justiz und Bürgerrechte teilnahm, erklärte: „Die Bürgerrechte dürfen nicht durch die Bürokratie überlagert und in den Hintergrund gedrängt werden. Nicht nur die Justiz, sondern auch sämtliche Organe des Staates sind verpflichtet, die Bürgerrechte zu achten.“

Schahrudi bedauerte, dass es bisher nicht immer gelungen sei, nach der Verfassung zu handeln. „Das Problem ist nicht die Akzeptanz der Grundsätze der Gerechtigkeit bzw. der Gesetze, sondern deren Umsetzung. Das bedeutet, dass Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen erst durch die Umsetzung und Anwendung der Gesetze entstehen. Dabei geht es nicht allein um die Missachtung der Gesetze seitens staatlicher Organe. Vielleicht ist dies sogar nicht der wichtigste Grund. Viel wichtiger ist, dass bei der Umsetzung der Gesetze nicht auf entsprechende Strukturen geachtet und dem Grundsatz der

Gerechtigkeit nicht die ihm gebührende Priorität eingeräumt wird."

Wenn juristische Formalitäten zur Verlängerung der Gerichtsprozesse führen, werde dies die Einschränkung des Rechts des Einzelnen zur Folge haben, erklärte Haschemi weiter. Auch das übertriebene und unangemessene Festhalten an Sicherheit und Ordnung begünstigten solche Einschränkungen.

Der Staat sei dazu da, um die Rechte des Einzelnen zu schützen und durchzusetzen, sagte Schahrudi. „Wenn ein Staat unter dem Vorwand der Sicherheit und Ordnung die Bürgerrechte verletzt, kann er sich nicht als islamisch bezeichnen. Denn ein islamischer Staat muss ein gerechter Staat sein, der im Dienste der Menschen steht."

Derselbe Haschemi, der als Justizchef für unzählige ungerechte Urteile verantwortlich ist, sagte, zu den unantastbaren Rechten der Bürger gehörten faire und gerechte Gerichtsprozesse, das Recht des Angeklagten auf Verteidigung und auf einen Anwalt, das Verbot von Folter und Ehrverletzungen von Gefangenen und eine zeitlich begrenzte Untersuchungshaft. Alle diese Rechte seien in der Verfassung der Islamischen Republik fest verankert.

Der langjährige Justizchef bemängelte, dass es noch keine Regelungen gäbe, um einen Angeklagten, dem durch ein Fehlurteil eines Richters materieller Schaden entstanden sei, zu entschädigen. „Das ist eine Schwachstelle, die beseitigt werden muss", sagte Schahrudi. Zu den Aufgaben der Justiz gehöre auch der Schutz der sozialen, politischen und ökonomischen Rechte und Freiheiten der Bürger. „Legal erworbener Reichtum darf nicht verschmäht, sondern muss als ein verbrieftes Recht geschützt werden."

Iranischer Geistlicher betont Bestand der Fatwa gegen Rushdie

Der Aufruf des früheren iranischen Revolutionsführers Ajatollah Ruhollah Chomeini zur Tötung des britisch-indischen Schriftstellers Salman Rushdie hat nach den Worten eines führenden iranischen Geistlichen weiterhin Bestand. Dieses Urteil könne auch nicht zurückgenommen werden, betonte Ayatollah Ahmad Chatami beim Freitagsgebet am 22. Juni in Teheran mit Blick auf die Vergabe eines britischen Adelstitels an Rushdie. Tausende Gläubige riefen dabei: „Tod den Engländern".

Rushdie habe die Ehrung nur erhalten, weil er den Islam beleidigt habe, erklärte Chatami. Damit stelle sich Großbritannien gegen 1,5 Milliarden Muslime auf der Welt. Chomeini hatte sein Urteil 1989 gegen Rushdie wegen dessen Buch „Die satanischen Verse" verhängt, in dem er den Islam beleidigt sah. 1998 hatte die iranische Regierung erklärt, dass sie dieses Urteil zwar nicht aufheben könne, dass sie es aber nicht länger unterstütze.

Zuvor hatte das Außenministerium in Teheran wegen des Ritterschlags für Rushdie den britischen Botschafter einbestellt. Das berichtete die iranische Nachrichtenagentur Fars am 20. Juni. Der Ritterschlag sei eine Provokation für eineinhalb Milliarden Muslime, wurde dem Botschafter nach Angaben von Fars im Außenministerium vorgehalten.

Der irakische Außenminister Hoschiar Sibari schloss sich der Kritik an. Nach einer Unterredung mit seiner britischen Amtskollegin Margaret Beckett in London bezeichnete er die Ehrung Rushdies als „unpassend". Radikale Kreise würden sie zum Anlass nehmen, um in der ganzen Welt Unruhe zu stiften, warnte der kurdische Politiker.

Auch in London protestierten Muslime gegen die Ehrung für Rushdie. Sie warnten davor, die Proteste könnte dasselbe Ausmaß annehmen wie jene gegen die Mohammed-Karikaturen der dänischen Zeitung „Jyllands Posten" im Frühjahr 2006.

Fernsehen plant englischsprachigen Sender

Das staatliche Fernsehen will mit einem englischsprachigen Nachrichtensender dem Einfluss westlicher Programme entgegenwirken. Ziel sei es, den „weltweiten Würgegriff" westlicher Rundfunkprogramme zu durchbrechen und „die andere Seite der Geschichte" im Nahen Osten zu zeigen, hieß es auf der Webseite von PRESS TV. Das englischsprachige Netzwerk verfügt über 26 Korrespondenten und soll am 2. Juli den Sendebetrieb aufnehmen, wie Vizepräsident Mohammad Sarafras vor Journalisten erklärte. Er warf den westlichen Sendern vor, voreingenommen ge-

genüber den Ländern im Nahen Osten zu sein und die Nachrichten den Wünschen der US-Regierung anzupassen.

Amnesty: Iran darf keine Kinder mehr hinrichten

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International hat Iran aufgefordert, keine Minderjährigen mehr hinzurichten. Derzeit säßen 71 Jugendliche unter 18 Jahren und Kinder wegen verschiedenster Delikte in iranischen Gefängnissen und seien zum Tod verurteilt, teilte ai am 27. Juni in London mit. Iran sei das Land der Welt, das am häufigsten Kinder und Jugendliche hinrichte. Seit 1990 seien elf unter 18 Jahre alt gewesen, weitere 13 seien getötet worden, nachdem sie im Gefängnis das 18. Lebensjahr erreicht hätten.

„Die iranischen Behörden müssen mit dieser beschämenden Praxis ein für alle mal aufhören und sich wieder in die internationale Gemeinschaft einreihen, die seit langer Zeit die Obszönität derer erkannt hat, die Minderjährige hinrichten“, sagte Malcom Smart, ai-Direktor für den Nahen Osten und Nordafrika. Seit 2003 haben außer Iran China, der Sudan und Pakistan Minderjährige hingerichtet.

Prostitution auf islamisch

Um der erschreckend zunehmenden Prostitution im islamischen Gottesstaat Iran entgegenzuwirken, hat Innenminister Mostafa Pur-Mohammadi vorgeschlagen, zeitlich begrenzte Ehen einzuführen. „Wir müssen uns auf Verstöße und deren Auswirkungen gefasst machen, wenn wir nicht auf die sexuellen Bedürfnisse junger Menschen reagieren“, sagte er während eines Vortrags in der heiligen Stadt Ghom.

Der Innenminister musste die Idee nicht erfinden. Zeitehe (Sigheh) und Vielehe wurden ursprünglich im Islam als Möglichkeiten zur Versorgung allein stehender Frauen eingeführt. Doch diese Regelung wurde in der Islamischen Republik auch zu einem anderen Zweck verwendet. Als im Zuge der islamischen Revolution das Teheraner Stadtviertel Schahre Now (neue Stadt), ähnlich wie St. Pauli in Hamburg, in Brand gesteckt wurde, entstanden unmittelbar danach „islamische Freudenhäuser“, an deren Eingang ein Geistlicher durch kurzzeitige Eheschließung die sexuelle Befriedigung der Männer religiös legalisierte.

Der Islam biete Lösungen für alle menschlichen Probleme und „die zeitliche Ehe ist eine Lösung für diese Art von Problemen“, sagte der Minister, der selbst Geistlicher ist. Die Theologen des Landes sollten seinen Vorschlag prüfen. „Wir müssen keine Angst haben, in einem vom göttlichen Willen regierten Land zeitlich begrenzte Ehen zu fördern.“

Der Vorschlag löste unterschiedliche Reaktionen aus. Der Parlamentsabgeordnete Schahriar Moschiri begrüßte den Vorschlag. Zeitehe und Polygamie seien sicherlich besser als „sündhafte Beziehungen“ zwischen Frauen und Männern, sagte er. Die Einführung dieser „Kultur“ sei in einem Land wie Iran, in dem mehrere Millionen allein stehender Frauen leben, zu empfehlen. Allerdings müssten Männer, die mehrere Frauen heiraten, dazu auch finanziell in der Lage sein. „Vielleicht ist dies auch der Grund, dass es in einigen arabischen Staaten weitaus weniger Prostitution gibt als bei uns“, sagte Moschiri. Wenn eine Frau von einem Mann versorgt werde, bräuchte sie nicht zu ihrem Lebensunterhalt ihren Körper zu verkaufen. Es gäbe zurzeit im Iran rund fünf Millionen unverheirateter und geschiedener Frauen mit zum Teil schrecklichen Schicksalen.

Der Abgeordnete Djalal Yahyazadeh lehnte den Vorschlag ab. Von der Möglichkeit der Vielehe oder Zeitehe würden vorwiegend verheiratete Männer Gebrauch machen, argumentierte er. Die Einführung solcher unzeitgemäßen Regelungen würde den Islam in Misskredit bringen. Höchst problematisch wäre auch das Schicksal der Kinder, die aus solchen Ehen hervorgingen.

Das durchschnittliche Heiratsalter liegt zurzeit im Iran bei Männern bei 26,7 Jahren, bei Frauen bei 22,4 Jahren. Es steigt pro Jahr um sechs Monate. Der Grund für dieses für iranische Verhältnisse späte Heiratsalter liegt in der hohen Arbeitslosigkeit, die bei Jungen Männern bei 30 Prozent liegt. Viele Männer sind aufgrund ihrer ökonomischen Verhältnisse nicht in der Lage, Familien zu gründen.

Fatemeh Adjorlu, Sprecherin der Frauenfraktion im islamischen Parlament meinte zu dem Vorschlag des Innenmi-

nisters, der Vorschlag würde nicht nur keine Lösung für die Probleme bringen, er würde im Gegenteil zusätzliche Probleme schaffen und viele Frauen ins Unglück stürzen. Denn in Anbetracht des bestehenden Ehe- und Familienrechts und des Sorgerechts, könnten sich die Männer nach kurzer Zeit ohne Nachteile von Frauen trennen und sie mit einem oder mehreren Kindern ihrem Schicksal überlassen.

Forderung nach Freilassung von US-Bürgern zurückgewiesen

Die iranische Regierung hat amerikanische Forderungen zur sofortigen Freilassung von vier in Iran festgehaltenen Bürgern mit amerikanischer und iranischer Staatsbürgerschaft zurückgewiesen. Dies sei eine eklatante Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes, sagte der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Mohammad Ali Hosseini, am 3. Juni in Teheran. US-Präsident George W. Bush hatte sich für die Freilassung seiner Landsleute eingesetzt.

Zu den drei der Spionage beschuldigten US-Bürgern iranischer Abstammung gehört die Direktorin des Nahost-Programms des Woodrow Wlison Centers in Washington, Haleh Esfandiari. Bei den beiden anderen handelt es sich um den Sozialwissenschaftler Kian Tajbachsch sowie Parnaz Azima, Korrespondentin für die von den USA finanzierte, aus Tschechien in Persisch sendende Radiostation Farda. Ein vierter US-Bürger, Ali Schakeri, wird Medienberichten zufolge ohne Anklage festgehalten.

Bush hatte die „sofortige und bedingungslose“ Freilassung der US-Bürger gefordert. „Diese Menschen wollten Brücken zwischen dem amerikanischen und dem iranischen Volk bauen“, sagte der amerikanische Präsident. „Ihre Anwesenheit in Iran – um ihre Eltern zu besuchen und humanitäre Arbeit zu leisten – stellt keine Bedrohung dar.“ Bushs nationaler Sicherheitsberater Stephan Hadley nannte die Anklagen wegen Spionage gegen die drei eingebürgerten Amerikaner eine „Eskalation von Seiten der Iraner“. Der Chef des Nationalen Sicherheitsrats Irans, Ali Laridschani, sagte dem US-Fernsehsender CNN, die Festgehaltenen seien in erster Linie iranische Staatsbürger und dann Amerikaner.

Indes haben die Festgenommenen angeblich „Aktivitäten“ zugegeben. Offiziellen Angaben zufolge hat die iranische Justiz Fortschritte bei ihren Ermittlungen erzielt. „Es gab umfangreiche Ermittlungen in dieser Richtung“, sagte Hossein Haddad, Richter am Revolutionsgericht in Teheran am 6. Juni der Nachrichtenagentur ISNA. Die beiden Wissenschaftler (Haleh Esfandiari und Kian Tadjbachsch) hätten „einige Aktivitäten“ eingeräumt. Er machte keine weiteren Angaben dazu, sagte aber: „Sie sagen, sie hätten helfen wollen“. Auf Spionage steht im Iran die Todesstrafe.

Iran lastet den USA an, Wissenschaftler und andere Intellektuelle dafür zu benutzen, das iranische System zu untergraben. (s. S. 13, 15 im Bericht)

Zehn „Konterrevolutionäre“ im Kurdengebiet getötet

Die iranische Armee hat nach eigenen Angaben zehn „bewaffnete Konterrevolutionäre“ in dem mehrheitlich von Kurden bewohnten Grenzgebiet zur Türkei getötet. Die Männer seien im Rahmen einer Aktion zur „Säuberung“ der Region Salmas getötet worden, hieß es in einem von der Nachrichtenagentur ISNA am 30. Mai verbreiteten Erklärung der Armee.

In der Region war es im Februar zu gewaltsamen Zusammenstößen zwischen iranischen Streitkräften und kurdischen Rebellen gekommen. Laut Teheran waren dabei 50 Kurden getötet worden. Die Aufständischen sollen der Separatistenpartei PEJAK (Partei für ein freies Leben Kurdistans) angehören, die der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK in der Türkei nahe steht. Im März gab Iran die Festnahme von 207 „Konterrevolutionären“ innerhalb eines Jahres in dem Grenzgebiet bekannt.

Ebenfalls am 30. Mai meldete die staatliche Nachrichtenagentur IRNA, bei Kämpfen im Nordwesten des Landes seien nach amtlichen Meldungen sieben Revolutionsgardisten und fünfzehn Aufständische getötet worden. Demnach hätten Rebellen eine Militärpatrouille bei Salmas nahe der türkischen Grenze angegriffen. Bei dem Gefecht seien sieben Gardisten und fünf Rebellen getötet worden. Am gleichen Tag seien in derselben Region zehn Rebellen getötet worden. Die Militäraktion werde fortgesetzt.

II. Wirtschaft

Benzin rationiert

Die Regierung in Teheran hat überraschend das Benzin für Autofahrer rationiert und damit wütende Proteste in der Bevölkerung ausgelöst. Ab Mitternacht zum 27. Juni würden Privatautos nur noch 100 Liter Kraftstoff pro Monat erhalten, zitierte das staatliche Fernsehen das Öl-Ministerium.

Mit der Rationierung, die schon seit längerer Zeit erwogen, aber aus Furcht vor der Reaktion der Bevölkerung immer wieder verschoben wurde, will die Regierung unter anderem einer möglichen Verschärfung der UN-Sanktionen wegen seines umstrittenen Atomprogramms vorbeugen. Das Land muss, obwohl zweitgrößter Öl-Produzent der OPEC, vierzig Prozent seines Benzinbedarfs einführen, weil die Kapazitäten der eigenen Raffinerien zu gering sind.

Der Benzin-Import lastet schwer auf dem Staatshaushalt, weil der Importkraftstoff ebenso wie der im eigenen Land produzierte zu stark subventionierten Preisen an die Autofahrer abgegeben wird: Ein Liter Benzin kostet auch nach einer jüngsten Preisanhebung nur umgerechnet acht Euro-Cent pro Liter und gehört damit zu den günstigsten weltweit. Mit der Rationierung und der damit einhergehenden Kürzung der Subventionen hofft die Regierung auch mehr Geld für dringend notwendige Investitionen in der Ölbranche zu bekommen. So will Iran bis 2014 die Ölförderung von derzeit 4,3 Millionen Barrel am Tag auf 5,3 Millionen Barrel steigern. „Iran braucht 93 Milliarden Dollar aus ausländischen Investitionen und mehr als 43 Milliarden Dollar an eigenen Investitionen bis 2014“, erklärte Ölminister Kasem Wasiri Hamneh. Aus eigener Kraft könne Iran dies alles nicht leisten. Weiter werden noch zwölf Milliarden Dollar an Investitionen gebraucht für den Ausbau der Raffineriekapazitäten.

Viele Privatfahrer werden noch nicht einmal die beschränkte Menge erhalten – jene Wagen, die auch kombiniert mit Erdgas fahren können, sollen nicht die vollen hundert Liter bekommen. Beschränkt wird die Abgabe auch für Taxis. Offizielle Taxis sollen maximal 800 Liter erhalten, Teilzeit-Taxis 600 Liter. Regierungsfahrzeuge erhalten höchstens 300 Liter.

Die Rationierung wurde erst drei Stunden vor ihrer Einführung angekündigt. Aufgebrachte Bürger setzten kurz nach der Ankündigung eine Teheraner Tankstelle in Brand und riefen regierungsfeindliche Parolen. An anderen Tankstellen bildeten sich lange Schlangen, weil die Autofahrer noch vor Mitternacht voll tanken wollten. An sämtlichen Tankstellen in Teheran kam es zu gewaltsamen Auseinadersetzungen. Die Polizei setzte Tränengas und Wasserwerfer ein. Es gab zahlreiche Verletzte. Viele Autos wurden in Brand gesteckt.

Die Wut richtete sich vor allem gegen die Person des Staatspräsidenten Ahmadinedschad, der den Bürgern Wohlstand und soziale Gerechtigkeit versprochen hatte. Jugendliche riefen: „Waffen, Feuerwerk, Panzer – tötet Ahmadinedschad“. Die Unruhen dauerten über Tage an.

Raketenabwehr ist „Witz des Jahres“

Iran hat das US-Projekt für eine Raketenabwehr in Europa als „Witz des Jahres“ bezeichnet. Es sei schwer zu glauben, dass die USA nicht wüssten, dass iranische Raketen Europa überhaupt nicht erreichen könnten, sagte der Chef des nationalen Sicherheitsrats, Ali Laridschani am 4. Juni der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA. Zudem wäre die Idee, Europa anzugreifen, bar jeder Logik, denn Europa sei der wichtigste Handelspartner Irans.

Die USA sind derzeit mit Polen und Tschechien über den Bau einer Raketenabwehranlage im Gespräch. In der Nähe von Prag, wo US-Präsident Bush Anfang Juni seine Europareise begann, soll eine Radaranlage, in Polen ein Raketensilo entstehen.

Washington verfolge vermutlich „einen größeren Plan“ und wolle die Öffentlichkeit mit derartiger Propaganda nur ablenken, sagte Laridschani. Die iranische Langstreckenrakete Schahb-3, die die größte Reichweite haben soll, kann höchstens Orte erreichen, die im Umkreis von 2000 Kilometern liegen. Europa liegt in seinen östlichsten Grenzen mehr als doppelt soweit von Iran entfernt.

Grünes Licht für massive Zinssenkungen

Präsident Mahmud Ahmadinedschad hat grünes Licht für eine massive Zinssenkung gegeben, die die Inflation weiter anheizen dürfte. Nach der Entscheidung vom 22. Juni können staatliche Banken nur noch einen Zinssatz von zwölf Prozent für ihre Darlehen verlangen, Privatbanken dreizehn Prozent. Damit verbilligen sich Kredite künftig derart, dass sich die Geldhäuser angesichts einer Inflationsrate von rund 17 Prozent auf Verlustgeschäfte einstellen müssen. Eine Gruppe von fast 60 iranischen Volkswirten hatte bereits vorige Woche die Regierung gewarnt, eine Zinssenkung schüre die Geldentwertung und hemme das Wachstum.

Die iranische Volkswirtschaft expandiert zwar derzeit um mehr als fünf Prozent, doch hat das Land mit einer zweistelligen Arbeitslosenquote zu kämpfen. Ahmadinedschad hatte von dem für die Kreditzinsen zuständigen Expertenrat im Mai noch niedrigere Raten für Privatbanken gefordert, gab sich jetzt aber mit einer Verringerung um bis zu vier Prozentpunkte zufrieden. Dennoch befürchten Kritiker, dass das Privatisierungsprogramm der Regierung nun Schaden nehmen könnte, das eigentlich für mehr Wettbewerb in dem vom Staat dominierten Industrie- und Banksektor sorgen soll.

Ahmadinedschad hat die Kritik an den Zinsschnitten als Versuch einiger Medien abgetan, die Regierungspolitik zu diskreditieren. Er war 2005 mit dem Versprechen ins Präsidentenamt eingezogen, den Ölreichtum des Landes gerechter unter der schnell wachsenden Bevölkerung verteilen zu wollen.

Neue Iran-Sanktionen nahmen erste Hürde im US-Kongress

Ein US-Gesetzentwurf für neue Sanktionen gegen Iran hat die erste parlamentarische Hürde genommen. Eine klare Mehrheit von 37 zu eins Stimmen sprach sich am 26. Juni im außenpolitischen Ausschuss des Repräsentantenhauses für die Vorlage aus. Sie sieht Strafen für Öl- und Gasunternehmen vor, die mit Iran Geschäfte machen.

Zudem sollen Steuererleichterungen für andere Handelspartner der Islamischen Republik gestrichen werden. Auch wollten die Parlamentarier die US-Beiträge an die Weltbank kürzen, wenn die Entwicklungshilfeorganisation in Iran investiert. Ein Atomenergieabkommen mit Russland wollen sie verhindern, wenn die Regierung in Moskau sich weiter an dem iranischen Nuklearprogramm beteiligt. „Mein Gesetz wird den Druck auf Iran exponentiell erhöhen“, sagte Ausschussvorsitzender Tom Lantos von den Demokraten.

„Ausländische Investitionen in Iran sind gleichbedeutend mit Geld für Terrorismus und Angriffe auf Amerikaner“, sagte das demokratische Ausschussmitglied Gary Ackermann. Mit seinen Einnahmen aus dem Ölgeschäft finanziere Iran gewalttätige Gruppen wie die palästinensische Hamas oder die libanesische Hisbollah.

In der Ausschusssitzung wurde darauf hingewiesen, dass US-Unternehmen seit langem nicht mehr in Iran investieren dürften, während Firmen aus Europa oder Japan den profitablen Markt unter sich aufteilten. „Die glücklichen Tage für diese Konzerne sind nun vorbei“, sagte Lantos.

Nach dem Votum im Ausschuss kann der Entwurf nun im Repräsentantenhaus behandelt werden, wo es nach Lantos’ Worten eine klare Mehrheit dafür gibt. Danach müsste noch der Senat zustimmen. Die USA haben bereits 1979 weitreichende Sanktionen gegen Iran verhängt. Bei der Bestrafung ausländischer Firmen gibt es aber in der bisherigen Rechtslage ein Schlupfloch.

USA drängen Schweizer Banken zu Verzicht auf Geschäft mit Iran

Die USA haben Schweizer Banken dazu gedrängt, auf Geschäfte mit Iran zu verzichten. Die Kreditinstitute liefen sonst Gefahr, ihren guten Ruf aufs Spiel zu setzen, sagte Sturt Levey, oberster Terror-Verantwortlicher im US-Finanzministerium, in einem am 2. Juni veröffentlichten Interview der Zeitung „Le Temps“. Vertreter Irans seien darauf bedacht, ihre Identität zu verschleiern, wenn es um Geschäfte im Zusammenhang mit dem umstrittenen Atomprogramm gehe.

Die größte Bank der Schweiz UBS hatte im vergangenen Jahr angekündigt, alle Verbindungen zu Iran zu kappen. Rivale Credit Suisse nimmt nach eigenen Angaben keine neuen Aufträge aus Iran mehr an, allerdings sollten bestehende Geschäftsverbindungen geschützt werden.

Export nimmt ab, Import zu

Das iranische Zollamt gab am 24. Juni bekannt, dass der Export des Landes (außer Öl) um mehr als 17 Prozent gesunken sei. Demgegenüber habe der Import um etwa den gleichen Prozentsatz zugenommen.

Diesem Bericht zufolge habe in den ersten zwei Monaten des laufenden Jahres (gemeint ist das iranische Jahr, das am 21. März beginnt) der gesamte Export (außer Öl) einen Wert von rund zwei Milliarden Dollar betragen, was im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein Rückgang von 17 Prozent bedeutet.

Unter den Exportwaren stehen verschiedene Gase mit 22 Prozent (472 Millionen Dollar) an erster Stelle, gefolgt von Pistazien, Eisen, Textilien und Teppichen. Die meisten Waren gehen in die Arabische Emirate, nach China, in den Irak und nach Japan.

Nach Angaben des Zollamts verzeichnet der Import in den ersten zwei Monaten des laufenden Jahres einen Anstieg von 17 Prozent, das heißt von 6,32 Milliarden Dollar auf mehr als sieben Milliarden Dollar. An erster Stelle unter den importierten Waren steht das Benzin mit 701 Millionen Dollar für die ersten zwei Monaten des Jahres, gefolgt von Eisen und Stahl, Mineralölen, Maschinen, Elektrowaren, Aufnahme- und Fernsehgeräten und Plastikwaren. Die meisten importierten Waren stammen wiederum aus den Arabischen Emiraten, Deutschland, China und der Schweiz. Fast ein Viertel der eingeführten Waren kommen aus den Arabischen Emiraten. Deutschland steht mit zehn Prozent an zweiter Stelle.

100.000 afghanische Flüchtlinge zurückgeschickt

Iran hat innerhalb von sechs Wochen mehr als 100.000 afghanische Flüchtlinge in ihre Heimat zurückgeschickt. Täglich kämen rund tausend Afghanen über die Grenze, teilte das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR am 5. Juni in Kabul mit. Die Zahl habe in den vergangenen Wochen abgenommen. Insgesamt sind den Angaben zufolge rund 920.000 afghanische Flüchtlinge in Iran offiziell registriert. Jedoch liegt die Zahl der afghanischen Bürger, die sich in Iran aufhalten, weit darüber. Teheran will die Rückkehr der Flüchtlinge bis März kommenden Jahres erzwingen.

Afghanistan bat sein Nachbarland darum, die Abschiebungen zu stoppen, da das Land eine große Anzahl von Menschen nicht auf einmal unterbringen könne. Auch die USA äußerten sich besorgt darüber, dass die Rückkehrer zu einer Last werden könnten. Der Konflikt um die Abschiebung kostete den in Afghanistan mit Flüchtlingsfragen befassten Minister bereits sein Amt.

Auch Pakistan drängt auf die Heimkehr von Afghanen. Islamabad wollte am 15. Juni zwei Flüchtlingslager mit insgesamt 220.000 Afghanen schließen. Die Bewohner müssten dann zurückkehren oder in ein anderes Lager umsiedeln. Laut UNHCR sind mehr als 2,15 Millionen Afghanen in Pakistan registriert.

Seit 2002 kehrten mehr als drei Millionen Afghanen mit UN-Hilfe in ihr Heimatland zurück. In diesem Jahr seien es bislang 220.000 gewesen.

Vergangenes Jahr: 418 Tonnen Drogen sichergestellt

Wie die iranische Tageszeitung Schargh berichtet, konnte die Truppe zur Bekämpfung von Drogen im vergangenen Jahr 418 Tonnen Drogen, zumeist Opium, Heroin und Haschisch, sicherstellen. Nur ein geringer Prozentsatz bestand aus Ampullen und Tabletten. Nur 70 Tonnen des entdeckten Drogenstoffs wurden vernichtet, der größere Teil wurde zu medizinischen Zwecken verwendet.

Wie die Abteilung der Drogenbekämpfung der Vereinten Nationen berichtet, werden 93 Prozent der in der ganzen Welt entdeckten Drogen in Iran gefunden und nur 1,8 Prozent in Europa, obwohl 0,7 der Europäer zwischen 15 und 62 Jahren drogenabhängig sind. Im Weltmaßstab sind das 0,4 Prozent. 83 Prozent der in Europa verbrauchten Drogen macht Heroin aus.

In Iran lässt sich die genaue Zahl der Drogenabhängigen kaum feststellen. Nach den neuesten Einschätzungen sind rund 1,2 Millionen dauerhaft von Drogen abhängig und 800 000 nehmen gelegentlich Rauschmittel. Im iranischen Staatshaushalt sind 57 Milliarden Tuman (umgerechnet rund 57 Millionen Euro) zur Drogenbekämpfung vorgesehen. Davon werden 26 Milliarden Tuman zur

Bekämpfung des Drogenschmuggels verwendet, 20 Milliarden zur Heilung von Drogensucht, 10 Milliarden zur Prävention und 600 Millionen zur Ausbildung von Süchtigen, die sich in medizinischer Behandlung befinden.

Die iranische Polizei hatte im vergangenen Jahr allein zur Sicherung der Grenzen 120 Milliarden Tuman (120 Millionen Euro) eingesetzt. Bislang sind 35 Kilometer der Grenze im Osten des Landes in einem 4 Meter breiten und 5 Meter tiefen Graben verwandelt worden. Auch eine 30 Kilometer lange Betonmauer gehört zu den Maßnahmen gegen den Drogenschmuggel.

Iran verhandelt weiter mit Deutschland über Transrapid

Iran will weiter mit Deutschland über das geplante Transrapid-Projekt verhandeln. „Wir haben das Thema angesprochen und weitere Verhandlungen vereinbart“, sagte der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats, Ali Laridschani, am 6. Juni nach seiner Rückkehr aus Berlin der Nachrichtenagentur IRNA. Eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes in Berlin erklärte, der Transrapid sei bei dem Gespräch zwischen Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) und Laridschani kein Thema gewesen. Laridschani hatte sich gegenüber IRNA auf Gespräche mit deutschen Offiziellen berufen.

Die Deutschen hätten in dieser Hinsicht eine sehr gute Technologie und Iran würde es begrüßen, wenn das Projekt umgesetzt werden würde, sagte er. „Aber es gibt auch andere Alternativen, wie zum Beispiel China.“

Das iranische Außenministerium hatte zuvor von der Bundesregierung gefordert, das in Iran geplante Transrapid-Projekt nicht zu politisieren. Es wäre nicht „erfreulich“, wenn Wirtschaftsprojekte von der Politik überschattet würden, sagte Außenamtssprecher Mohammad Ali Hosseini. Außerdem sei das Projekt lediglich in der Phase der Machbarkeitsstudie.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte sich zuvor gegen eine deutsche Unterstützung beim Bau einer 850 Kilometer langen Transrapid-Strecke in Iran ausgesprochen. „Ich halte deutsche Hilfe beim Bau des Transrapids in einem Land, dessen Präsident unentwegt verkündet, dass er Israel vernichten will, für völlig inakzeptabel“, sagte sie dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“.

Wenige Tage zuvor war bekannt geworden, dass Iran am Transrapid interessiert ist und eine Machbarkeitsstudie bei einer Münchner Ingenieurfirma in Auftrag gegeben hat. Das Projekt war vom früheren bayerischen Wirtschaftsminister Otto Wiesheu eingefädelt worden. Die Magnetbahn gilt als deutsches Hightech-Produkt, das aber nur schwer zu vermarkten ist: Es gibt bislang weltweit nur eine kurze Strecke in Shanghai, auf der der Transrapid im Alltagsbetrieb verkehrt.

III. Außenpolitik

Iran bestätigt Einladung an IAEA-Experten nach Teheran

Experten der internationalen Atombehörde (IAEA) sollen nach Teheran reisen, um offene Fragen zum umstrittenen Atomprogramm des Iran zu klären. Ein Sprecher des Nationalen Sicherheitsrats sagte nach Angaben der Nachrichtenagentur ISNA vom 25. Juni, der iranische Atomchefunterhändler Ali Laridschani und IAEA-Generalsekretär Mohammad El Baradei hätten sich auf die Entsendung des Expertenteams nach Teheran geeinigt. Ein genaues Datum stehe allerdings noch nicht fest. Beim Hauptstreitpunkt, der UN-Forderung nach einer Aussetzung der Urananreicherung, habe es aber keine Annäherung gegeben, sagte El Baradei.

El Baradei hatte nach einem Treffen mit Laridschani berichtet, Teheran habe Kompromissbereitschaft bei der Klärung der noch anstehenden Fragen zu seinem fast zwanzig Jahre geheim gehaltenen Atomprogramm gezeigt. Er hoffe, dass man innerhalb von zwei Monaten einen Plan über das weitere Vorgehen verabreden und dann bald mit dessen Umsetzung beginnen könne.

Laridschani hatte am 23. Juni in Lissabon mit dem EU-Außenbeauftragten Javier Solana gesprochen. Es sei ein „konstruktives Treffen“ gewesen, sagte Solana nach der rund vierstündigen Unterredung. Auch Laridschani sprach von einem guten Gespräch. Er betonte noch einmal, dass sein Land den Streit auf diplomatischem Wege lösen wolle. Auf die Frage, ob neue Sanktionen der Staatengemeinschaft zu einer Aussetzung der Gespräche mit Solana führen könnten, antwortete Laridschani: „Wenn einige wagemutige Länder den Prozess der Diplomatie stören wollen, hätte das wohl Auswirkungen.“ Die beiden wollen sich in etwa drei Wochen wieder treffen.

Beobachter halten es für möglich, dass Iran wieder kurzzeitige Inspektionen seiner Atomanlagen gestatten könnte, wenn dem Land das Recht auf sein Atomprogramm bescheinigt werde und wenn die Angelegenheit vom Weltsicherheitsrat wieder an die IAEA zurückgegeben werde.

Ungeachtet entsprechender UN-Resolutionen hat Iran in seiner Atomanlage bei Natanz rund 2000 Zentrifugen zur Urananreicherung in Betrieb genommen. Experten erwarten, dass die Zahl bis End Juli auf 3000 erhöht werden könnte.

Der Westen verdächtigt Iran, unter dem Deckmantel eines Nuklearprogramms zur Energiegewinnung an Atomwaffen zu bauen. Die Islamische Republik bestreitet dies. Die fünf UN-Vetomächte und Deutschland beraten angesichts der unnachgiebigen Haltung Irans über weitere Strafmaßnahmen. In dem von Großbritannien ausgearbeiteten dritten Resolutionsentwurf wird angeregt, iranischen Flugzeugen und Schiffen die Lande- und Anlegeerlaubnis zu verweigern. Auch sollen dem Vorschlag zufolge die Gelder von zwei oder mehr iranischen Banken eingefroren werden. Der UN-Sicherheitsrat hat bereits zwei Mal Sanktionen gegen Iran verhängt.

Regierungsvertreter aus den USA und Europa betonten der Nachrichtenagentur Reuters zufolge, die derzeit diskutierten Vorschläge zielten nicht darauf ab, den Ölmarkt in Mitleidenschaft zu ziehen, auf dem Iran als Produzent und Exporteur eine wichtige Rolle spielt.

Grundsätzlich handelt es sich bei dem britischen Papier ohnehin um eine erste Gedankenskizze. Erfahrungsgemäß beinhalten solche Dokumente strenge Positionen, die bei den Verhandlungen im Sicherheitsrat überarbeitet und mitunter abgeschwächt werden. Das Dokument soll aber den Druck auf Iran erhöhen, seine umstrittene Urananreicherung wie gefordert aussetzen. Die Beratungen laufen bislang auf informeller Ebene. Ausschlaggebend soll zunächst sein, wie sich die Verhandlungen mit Iran gestalten.

Rice besteht auf Ende der Urananreicherung

US-Außenministerin Condoleezza Rice hat im Atomstreit mit Iran die Forderung nach einem vollständigen Ende der umstrittenen Urananreicherung bekräftigt. Sie sei sich mit ihren Kollegen darüber einig, dass die Forderung des UN-Sicherheitsrats nach Einstellung der Urananreicherung umgesetzt werden müsse, sagte Rice nach einer Meldung der AFP am 24. Juni im Flugzeug auf dem Weg von Washington nach Paris. Ein teilweises Einstellen der Anreicherung, wie es an der Internationalen Atombehörde (IAEA) im Gespräch sei,

mache für sie keinen Sinn, betonte Rice. Sie wisse nicht, wie so etwas aussehen solle. „Das scheint mir kein besonders kluger Weg zu sein."

In der Frage einer möglichen Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Iran wollte Rice in Paris mit dem EU-Außenbeauftragten Javier Solana beraten. Solana werde helfen zu beurteilen, in wieweit ein Dialog mit Teheran überhaupt noch möglich sei, sagte die Ministerin.

Bush schließt Militär-Option gegen Iran nicht aus

US-Präsident George W. Bush schließt im Atomstreit mit Iran weiterhin einen Militärschlag nicht aus. Nach wie vor lägen alle Optionen auf dem Tisch, sagte Bush am 19. Juni. „Meine Position hat sich nicht geändert", sagte Bush zu Beginn eines Treffens mit dem israelischen Ministerpräsidenten Ehud Olmert in Washington. Er hoffe aber, dass das Problem diplomatisch gelöst werden könne. Es sei wichtig, dass Iran „Konsequenzen" wie Sanktionen oder andere wirtschaftliche Maßnahmen zu spüren bekomme. „Ein Preis muss bezahlt werden", sagte Bush. Zuvor hatte Iran seinerseits mit dem Einsatz der Ölwaffe gedroht.

„Wenn die Amerikaner sagen, dass sie einen Militäreinsatz im Zusammenhang mit dem Atomstreit nicht ausschließen, dann hat auch Iran das Recht, Öl als Instrument in Betracht zu ziehen", zitierte die Zeitung Schargh den iranischen OPEC-Gouverneur Hossein Kazempur Ardebili.

Unterdessen haben sich auch Kandidaten für die US-Wahl zu einem möglichen Angriff gegen den Iran geäußert und dabei selbst einen Atomschlag nicht ausgeschlossen. Bei einer Fernsehdebatte am 6. Juni waren sich zehn Mitglieder der republikanischen Partei darüber einig, dass Iran nicht die Atombombe entwickeln dürfe. Der in Umfragen führende ehemalige New Yorker Bürgermeister Rudolph Giuliani antwortete auf die Frage, ob die USA dazu taktische Kernwaffen gegen Teile des iranischen Atomprogramms einsetzen sollten: „Man sollte keine Option ausschließen."

Der Abgeordnete Duncan Hunter aus Kalifornien erklärte bei der Fernsehdebatte im Bundesstaat New Hampshire unter Verweis auf einen wichtigen Schritt bei der Urananreicherung: „Ich würde den Einsatz von taktischen Waffen genehmigen, wenn es keine andere Möglichkeit gäbe, die Verwendung dieser bestimmten Zentrifugen zu verhindern." Vermutlich würde jedoch ein Angriff mit konventionellen Waffen ausreichen. Ron Paul aus Texas sprach sich dagegen aus moralischen Gründen gegen den Einsatz von Atomwaffen aus. Zudem sei Iran keine Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA, sagte er. Paul wird in Umfragen eine Zustimmung von zwei Prozent bescheinigt.

US-Regierung streitet über Iran-Politik

Innerhalb der US-Regierung ist einem Zeitungsbericht zufolge ein heftiger Streit um die Iran-Politik entbrannt. Die Anhänger einer diplomatischen Lösung um Außenministerin Condoleezza Rice stünden Verfechtern eines Militärschlages aus dem Büro von Vizepräsident Dick Cheney gegenüber, berichtete die New York Times am 17. Juni unter Berufung auf Vertreter beider Seiten.

Rice sei zunehmend davon überzeugt, dass Iran nur durch Verhandlungen von seinem Atomprogramm abgebracht werden könne. Ein Militärschlag würde ihrer Meinung nach zu einem Desaster führen, berichtete die Zeitung. Dagegen kämen von Seiten der Konservativen Äußerungen, welche denen des ehemaligen US-Botschafters bei den Vereinten Nationen, John Bolton, ähnelten. Dieser hatte einen Regimewechsel und einen militärischen Angriff als einzige Option bezeichnet, um Iran davon abzuhalten, Atombomben zu bauen.

Die Debatte habe sich an den jüngsten Informationen der Internationalen Atombehörde IAEA entzündet, wonach Iran schon Ende des Jahres über 8000 Zentrifugen verfügen könne und damit dem Bau einer Atombombe deutlich näher käme, hieß es in der Zeitung.

Amerikanisches Geld für Demokratie

Einem Bericht der Deutschen Welle zufolge hat das US-Außenministerium am 4. Juni die Öffentlichkeit über die Verwendung von Finanzmittel zur Förderung der Demokratie in Iran und Syrien informiert. Demnach wurden im Finanzjahr 2006 zunächst 6,5 Millionen US-Dollar in ein Fonds für Iran und Sy-

rien (Democracy Funds) gesteckt. Danach wurden weitere 10 Millionen für denselben Zweck verwendet. Unabhängig davon beantragte Außenministerin Rice beim US-Kongress 75 Millionen Dollar als „Emergency Supplement“ für Iran. Dem Bericht nach wurden 66 Millionen Dollar vom Kongress genehmigt. Diese Summe teilt sich in folgende Posten:

36,1 Millionen für Rundfunk und Fernsehen, genauer für das Persischprogramm der Stimme Amerikas, Radio Farda, Radio Freies Europa/Radio Freiheit. 20 Millionen Dollar für Programme zur Förderung der Demokratie durch die „Middle East Partnership Initiative“. Diese Hilfeleistungen kommen vor allen jenen Personen zugute, die sich für bürgerliche Freiheiten und Rechte in Iran einsetzen, zum Beispiel für das Recht auf freie Meinungsäußerung oder für die Gleichberechtigung der Frauen und Männer. 5 Millionen wurden für Aktivitäten im Internet eingesetzt, 5 Millionen für Kulturaustausch. (siehe S. 6 dieses Berichts)

Für das Jahr 2008 hat die Regierung eine Summe von 108,2 Millionen Dollar zur Förderung der Demokratie in Iran beantragt. Die Zustimmung des Kongresses ist bisher nicht erfolgt.

Russland stellt Bedingungen für weitere Sanktionen gegen Iran

Im Atomstreit mit Iran hat Russland Bedingungen für verschärfte Sanktionen gestellt. Die Regierung in Moskau werde im UN-Sicherheitsrat nur dann weitere Strafmaßnahme unterstützen, wenn die internationale Atombehörde (IAEA) zuvor erklärt habe, dass die „Möglichkeiten zur Klärung wichtiger Fragen ausgeschöpft“ seien, sagte der russische Außenminister Sergej Lawrow am 20. Juni. Es blieb zunächst unklar, welche konkreten Fragen Lawrow meinte.

Westliche Diplomaten reagierten skeptisch auf die russische Forderung. „Möglichkeiten für ausgeschöpft zu erklären – das ist eine politische Entscheidung – die IAEA ist nur für technische Fragen zuständig“, sagte ein Diplomat der Agentur Reuters zufolge am Hauptsitz der IAEA in Wien. Die IAEA werde daher kaum eine solche Erklärung abgeben.

Zeitung: Israelische Luftwaffe bereitet sich auf Angriff auf Iran vor

Angesichts einer möglichen atomaren Bedrohung durch Iran trainiert die israelische Luftwaffe Medieninformationen zufolge Langstreckenflüge. Wie die Zeitung „Maariv“ am 22. Juni berichtete, gehöre das Betanken in der Luft und die Bombardierung von Bodenzielen zu den Übungen. Die Veröffentlichung der Informationen sei von der Militärzensurstelle genehmigt worden. Einzelheiten wurden nicht genannt. Die Vereinigten Staaten und Israel stünden wegen des umstrittenen iranischen Atomprogramms in engem Kontakt.

Anfang Januar hatte Israel einen Bericht der britischen „Sunday Times“ dementiert, wonach die israelische Führung einen Plan zur Zerstörung iranischer Uran-Anreicherungsanlagen mittels Atombomben ausgearbeitet habe. Die Zeitung berief sich auf Militärkreise, denen zufolge die israelische Luftwaffe zwei Staffeln darauf vorbereite, die iranischen Atomanlagen in Natans, Arak und Isfahan mit einem einzigen Luftangriff zu zerstören und unschädlich zu machen.

Nach Einschätzung des israelischen Botschafters in den USA, Sallai Meridor, könnte Iran schon in zwei Jahren über Atomwaffen verfügen. Bislang sei dem Regime in Teheran die Entwicklung solcher Waffen noch nicht gelungen, sagte der Botschafter am 6. Juni in New York. Schlimmstenfalls könne es jedoch schon 2009 so weit sein.

„Ich glaube, sie sind kurz davor, den Geist aus der Flasche zu lassen und unseren Kindern einen Albtraum zu hinterlassen“, sagte der israelische Diplomat vor Journalisten. Die iranischen Ingenieure hätten offenbar Probleme mit der Installation von Zentrifugen und versuchten derzeit, sich zwischen „Qualität und Quantität“ zu entscheiden. Für den Fall, dass wirtschaftlicher und politischer Druck erfolglos bleiben sollte, drohte Meridor mit dem Einschreiten Israels. Einzelheiten dazu wollte er nicht nennen.

Ahmadinedschad: Countdown zum Zusammenbruch Israels läuft

Präsident Mahmud Ahmadinedschad hat erneut Israel verbal attackiert. Die Palästinenser und Libanesen hätten den „Countdown bis zum Zusammenbruch des

zionistischen Regimes“ eingeleitet, zitierte die halbamtliche Nachrichtenagentur ISNA Ahmadinedschad am 3. Juni. „So Gott will werden wir in naher Zukunft den Kollaps des zionistischen Regimes sehen“, sagte Ahmadinedschad demnach bei einer Veranstaltung zum 18. Todestag von Revolutionsführer Ayatollah Chomeini. Sollte die israelische Regierung einen weiteren Krieg gegen den Libanon beginnen, müsse sie sich auf einen „Ozean der Wut“ in Nahost vorbereiten, in der Israels „verfaulte Wurzeln“ untergingen.

Zugleich schloss Ahmadinedschad im Atomstreit Kompromisse erneut aus. Iran sei „unbezwingbar“ und werde den Forderungen der Westmächte, sein Uran-Anreicherungsprogramm auszusetzen, nicht nachgeben. Iran werde „nicht ein Jota“ von seinem Atomprogramm abrücken. Der Westen könne „seine Kräfte sammeln und die Stirn runzeln, aber sie müssen wissen, dass die Drohung Iran nicht zum Rückzug veranlassen wird“.

Saudi-Arabien: Golfstaaten keine Basis für US-Angriff auf Iran

Die arabischen Golfstaaten wollen nach saudischen Angaben nicht als Basis für einen US-Angriff auf Iran zur Verfügung stehen. Wenn Iran nicht zur Quelle des Leidens für seine Nachbarstaaten werde, werde dies auch nicht umgekehrt der Fall sein, sagte der saudiarabische Innenminister Prinz Najef bin Abdul-Asis am 17. Juni der staatlichen Nachrichtenagentur SPA zufolge. Er spreche im Namen des Golf-Kooperationsrates, dem Kuwait, Katar, Bahrain, die Vereinigten Arabischen Emirate und der Oman angehören.

Der Innenminister drängte Iran zur Auslieferung saudiarabischer Staatsbürger, die des Umsturzversuches im Königreich verdächtigt werden. Zudem rief er die Regierung in Teheran auf, sich nicht in irakische Angelegenheiten einzumischen.

Abbas-Berater: Iran hat Hamas zu Gaza-Gewalt aufgehetzt

Iran hat nach Ansicht eines engen Beraters von Palästinenser-Präsident Mahmud Abbas die radikal-islamische Hamas zu der Gewaltaktion im Gazastreifen ermutigt. Iran unterstütze zahlreiche „nicht-demokratische Gruppen“ in den Palästinensergebieten, im Libanon und auch im Irak, sagte Abbas-Berater Jasser Abed Rabbo am 19. Juni der Nachrichtenagentur Reuters. „Wir halten Iran verantwortlich dafür, die Hamas ermutigt zu haben, diesen Putsch im Gazastreifen auszuführen.“ Gleichzeitig wies er Kritik aus Iran zurück, Abbas’ Notstandsregierung sei undemokratisch. „Iran hat nicht das Recht, uns Nachhilfestunden in Sachen Demokratie zu geben“, erklärte Abed Rabbo.

Auch palästinensische Geheimdienste haben Iran eine starke Verwicklung in die jüngsten Ereignissen im Gazastreifen vorgeworfen. Die iranische Führung habe bei der Einnahme des Gazastreifens durch Hamas eine „große Rolle“ gespielt, erklärte Geheimdienstchef Taufik el Tirawi am 25. Juni in Ramallah im Westjordanland. Hamas habe ihren gesamten Plan mit Teheran abgestimmt. Die Islamische Republik sei über alle Stufen des Vorgehens informiert gewesen. Hamas hatte Mitte Juni die Macht im Gazastreifen übernommen.

Indes hat Teheran bestritten, der radikalislamische Palästinenser-Organisation Hamas unter die Arme zu greifen. Alle finanzielle Hilfe gehe an die palästinensische Nation und nicht an eine einzelne Gruppe, erklärte Außenamtssprecher Mohammad Ali Hosseini am 24. Juni in Teheran. Die iranische Unterstützung von Hamas sei rein „spirituell“.

Iran bietet sich als Vermittler im innerpalästinensischen Streit an

Die iranische Regierung sei bereit, die verfeindeten Palästinensergruppen Fatah und Hamas zu Versöhnungsgesprächen nach Teheran einzuladen, sagte Parlamentspräsident Haddad Adel nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur IRNA am 26. Juni. Bei einem Treffen mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses im norwegischen Parlament, Olav Akselsen, zeigte sich Adel auch bereit für Gespräche mit dem Westen über die Krise bei den Palästinensern.

Das Wichtigste sei, dass die Einigkeit unter den Palästinensern wiederhergestellt werde. Der Westen, vor allem Washington, achte seinen eigenen „Ruf nach Demokratie“ nicht, kritisierte Adel. Er verwies auf den Wahlsieg der radikalislamischen Hamas Anfang vergangenen Jahres. Seitdem hat der Westen die von Hamas geführte Regierung boykottiert.

USA: Iran bildet Rebellen im Irak aus

Iran bildet nach Angaben von US-Vertretern ungeachtet der jüngsten bilateralen Gespräche Rebellen im Irak aus und unterstütze diesen bei ihren Angriffen. Es gebe eindeutige Beweise, dass Iran Aufständische ausrüste und trainiere und damit zur Destabilisierung des Irak beitrage, sagte US-Militärsprecher Kevin Bergner am 27. Juni in Bagdad. Die USA wünschten ein Ende dieser Aktivitäten und stattdessen Beiträge zur Stabilisierung der Lage in den Golfstaaten. „Das haben wir bislang noch nicht gesehen." Irans Revolutionsführer Ali Chamenei wies die Vorwürfe der Nachrichtenagentur ISNA zufolge zurück. Chamenei habe seinerseits den USA vorgeworfen, die Beziehungen zwischen seinem Land und dem Irak untergraben zu wollen.

Der US-Botschafter in Bagdad, Ryan Crocker, hatte im Mai mit seinem iranischen Kollegen über Sicherheitsfragen gesprochen. Teheran stellte Mitte Juni ein zweites Treffen in Aussicht, gleichzeitig räumte die Regierung jedoch ein, dass eine Entscheidung darüber noch Wochen dauern könne.

Die Gefangennahme von fünf Iranern im Irak hatte Anfang des Jahres die Spannungen zwischen den langjährigen Rivalen USA und Iran verschärft. Die USA beschuldigen die festgesetzten Iraner, Rebellen unterstützt zu haben. Nach iranischer Darstellung sind die Männer Diplomaten. Iran hat dagegen drei Bürger in Gewahrsam, die sowohl den iranischen als auch den amerikanischen Pass besitzen. (s. S. 6 dieses Berichts)

Die USA werfen Iran insbesondere die Lieferung von panzerbrechenden Bomben vor, durch die viele US-Soldaten getötet wurden. Am 1. Juli meldeten Agenturen, dass bei Einsätzen im Bagdader Stadtviertel Sadr City irakische und amerikanische Truppen nach eigenen Angaben 26 Aufständische mit mutmaßlichen Verbindungen zu Iran getötet haben. 17 weitere Rebellen seien bei zwei Einsätzen vom Vortag festgenommen worden, teilte die US-Armee mit. Die Aufständischen hätten offenbar Kontakt zu „iranischen Terrornetzwerken". Die irakischen und US-Truppen gehen in jüngster Zeit verstärkt gegen Extremisten in dem nordöstlichen Stadtteil der irakischen Hauptstadt vor. Aufständische in Sadr City schmuggeln nach US-Angaben Waffen aus Iran in den Irak und werden in Lagern im Nachbarland ausgebildet.

Die bei den Einsätzen in Sadr City Getöteten und Festgenommenen hätten einer geheimen Terrorzelle angehört und direkte Verbindungen zu Iran unterhalten, erklärte die US-Armee. Die irakischen und US-Soldaten blieben demnach unverletzt, obwohl sie beschossen und mit Sprengsätzen angegriffen worden seien. Die Bewohner des Schiitenviertels waren im Morgengrauen von abgefeuerten Raketen und Schüssen aus dem Schlaf gerissen worden, wie ein AFP-Reporter berichtete. US-Kampfhubschrauber kamen zum Einsatz. Mehrere Gebäude und Fahrzeuge wurden zerstört.

US-General: Entführer von Briten haben Verbindung zu Iran

Die Entführer von fünf Briten im Irak haben dem US-Kommandeur vor Ort zufolge Beziehungen zu Iran. Die Kidnapper gehörten der Mahdi-Miliz des Schiitenführers Muktada al Sadr an, zitierte die Zeitung „The Times" General David Petraeus in einem am 21. Juni veröffentlichten Interview. „Sie werden in Iran ausgebildet, von Iran mit Waffen versorgt und von Iran angeleitet." Petraeus zeigte sich zuversichtlich, dass die fünf entführten Briten noch am Leben seien. Es seien mehrere Versuche unternommen worden, sie zu befreien, jedoch hätten die entscheidenden Geheimdienstinformationen gefehlt.

Unbekannte in Polizeiuniform hatten den britischen Computerexperten und seine vier Leibwächter Ende Mai aus einem Gebäude des Finanzministeriums in Bagdad entführt.

Petraeus zufolge nimmt Iran seit mehreren Jahren „eine sehr wichtige Rolle ein, was Ausbildung, Finanzierung und Bewaffnung von Extremisten angeht". Die Äußerungen des Generals dürften die Spannungen zuwischen den USA und Iran noch erhöhen.

Afghanische Polizei bezichtigt Iraner der Einmischung

Die afghanische Polizei im Grenzgebiet hat iranische Milizen der Einmischung bezichtigt. Mehr als zwanzig bewaffnete Männer seien am 18. Juni über die Grenzen gekommen und mit Wagen in die Sirkoch-Region gefahren, wo die Kämpfe

zwischen Aufständischen und Koalitionsgruppen seit Monaten eskalierten, sagte am 19. Juni der Polizeikommandant der drei westlichen Provinzen, Farah, Badghis und Herat, Oberst Rahmatullah Safi der Deutschen Presseagentur dpa. Die Polizei habe die Iraner nicht verfolgen können, aber dafür Präsident Hamid Karsai informiert.

Er könne mit Sicherheit sagen, dass die Iraner Waffen, Munition und Sprengstoff dabei gehabt hätten, sagte Safi. Er präsentierte auch fünf kürzlich entdeckte Anti-Panzer-Minen, die iranische Zeichen trugen. Safi warf den iranischen Grenzposten vor, die Kämpfer und den Waffenschmuggel nicht zu stoppen. Die USA hatten Iran mehrfach vorgeworfen, Waffen nach Afghanistan zu schmuggeln. Präsident Karsai sowie die iranische Führung hatten diese Berichte aber zurückgewiesen.

Bereits am 4. Juni hatte US-Verteidigungsminister Robert Gates bei seinem Besuch in Afghanistan mögliche Waffenlieferungen aus Iran an die islamistischen Taliban-Kämpfer angesprochen. „Es gibt Informationen, dass in den vergangenen Monaten Waffen aus Iran eingetroffen sind“, sagte Gates bei einer Pressekonferenz mit dem afghanischen Präsidenten Karsai in Kabul. Über eine Verwicklung der iranischen Regierung lägen aber keine Informationen vor. Karsai lobte die Beziehungen zu Iran. „Iran und Afghanistan waren niemals so gute Freunde wie heute“, sagte Karsai. Der Staatschef erwähnte insbesondere die Wiederaufbauhilfen aus dem Nachbarland.

Syrien und Iran wollen sich der US-Vorherrschaft widersetzen

Syrien und Iran haben vereinbart, sich gemeinsam „der US-Vorherrschaft“ in der Region zu widersetzen. Dies erklärten der syrische Präsident Baschar el Assad und der iranische Außenminister Manuchehr Mottaki am 31. Mai nach einem Treffen in Damaskus laut einer Meldung der Nachrichtenagentur Sana. Die USA wollten sich der Ressourcen in der Region bemächtigen. Die beiden Politiker sprachen den Angaben zufolge vor allen über die Lage im Irak, in den besetzten palästinensischen Gebieten und im Libanon. Alle Nachbarn des Irak müssten dafür sorgen, dass die Sicherheit in dem Land wieder hergestellt werde, sagte Mottaki laut der iranischen Nachrichtenagentur IRNA. Die Sicherheitslage im Irak stelle ein „grundlegendes Problem“ dar.

Spiegel: Drahtzieher des „Mykonos“-Attentats soll freikommen

Rund 15 Jahre nach dem „Mykonos“-Attentat soll nach dem Willen der Bundesanwaltschaft Kazem Darabi vorzeitig aus der Haft entlassen werden. Wie das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ berichtete, soll Darabi Ende des Jahres das Gefängnis verlassen und nach Teheran abgeschoben werden. Bei dem Anschlag im Berliner Restaurant „Mykonos“ waren 1992 vier kurdische/iranische Politiker ermordet worden. Darabi wurde deswegen zu 25 Jahren Haft verurteilt.

Die Strafverfolger begründen nach Informationen des Spiegel die Entscheidung damit, dass der 48-jährige fast zwei Drittel seiner Haftstrafe abgesessen habe; wie andere Straftäter könne auch er nach einer Mindestverbüßdauer freikommen.

Darabis Inhaftierung war ein Dauerstreitpunkt zwischen den Regierungen in Berlin und Teheran. Die iranischen Behörden forderten mehrfach Darabis Freilassung, zuletzt im Gegenzug für die Entlassung des deutschen Anglers Donald Klein, der fast 16 Monate wegen Spionageverdacht in einem Teheraner Gefängnis saß.

Berliner Studentin organisiert Ausstellung in Teheran

Eine iranisch-stämmige Studentin der Kunsthochschule Berlin Weißensee hat in ihrer Heimat eine interkulturelle Ausstellung organisiert. Die 29 Jahre alte Leila Pazooki hatte 16 Künstler unterschiedlicher Nationalitäten aus Berlin nach Teheran eingeladen, um zusammen mit Iranern innerhalb einer Woche ein interdisziplinäres Kunstprojekt in Bild- und Videoform zu realisieren. Ziel war die Auseinandersetzung aller Künstler mit der Komplexität Irans, wie Pazooki am Ende ihrer Ausstellung sagte. Ihr Projekt: „Ich sehne mich und weiß nicht recht, nach was“ wird die gebürtige Iranerin vom 14. bis 29. Juli im ehemaligen Umspannwerk Prenzlauer Berg in Berlin präsentieren. (Internet: www.leilapazooki.net.)